

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

www.schweizerzeit.ch | 43. Jahrgang, Nr. 9, Freitag, 5. Mai 2023

Realitätsfremd und unbezahlbar

2

Zuwanderung endlich begrenzen!

11

Zum 8. Mai

20

In der Umgebung von Hirzel
im Kanton Zürich



Nein zum Stromfresser-Gesetz am 18. Juni 2023

Realitätsfremd und unbezahlbar

von Michael Graber, Nationalrat, Brig VS

Beim angeblichen «Klimaschutz-Gesetz» handelt es sich um einen indirekten Gegenentwurf zur sogenannten «Gletscher-Initiative». Und dieser Gegenentwurf – wir nennen ihn zurecht «Stromfresser-Gesetz» – will die gesamte Energieversorgung auf Strom umstellen, von dem wir heute schon zu wenig haben. Mittelfristig bringt das Stromfresser-Gesetz ein Verbot von Benzin- und Dieselaautos, von Ölheizungen und der Kernenergie. Unser Land würde mit Solarplantagen und riesigen Windrädern verschandelt, und die Strompreise würden explodieren. Für das Klima bringt das Gesetz nichts. Nur ein Nein führt zu vernünftigen Lösungen.



China stösst in einem halben Tag gleichviel CO₂ aus wie die Schweiz in einem ganzen Jahr! Was bringt es, wenn wir alle gezwungen werden, auf teure Elektroautos umzusteigen, während unsere Benzin- und Dieselaautos in den Export gehen? Was bringt es, wenn wir in der Schweiz massenhaft Solarpanels montieren, welche in China mit dreckigem Kohlestrom hergestellt wurden? Was bringt es, wenn wir pro Kopf immer weniger CO₂ ausstossen gegenüber der Tatsache, dass die Schweiz im Jahr 2022 allein aufgrund der Massenzuwanderung um 180'000 Einwohner – die Grössenordnung der Stadt Basel – zugenommen hat? Sie alle brauchen Energie, Wohnraum etc. Sind wir wahnsinnig geworden? Buchstäblich in letzter Sekunde hat die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments auf eine hinterhältige und m.E. illegale Art und Weise den Titel des neuen Gesetzes umbenannt in «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit». So wird unsere Bevölkerung getäuscht.

China stösst in einem halben Tag gleichviel CO₂ aus wie die Schweiz in einem ganzen Jahr! Was bringt es, wenn wir alle gezwungen werden, auf teure Elektroautos umzusteigen, während unsere Benzin- und Dieselaautos in den Export gehen? Was bringt es, wenn wir in der Schweiz massenhaft Solarpanels montieren, welche in China mit dreckigem Kohlestrom hergestellt wurden? Was bringt es, wenn wir pro Kopf immer weniger CO₂ ausstossen gegenüber der Tatsache, dass die Schweiz im Jahr 2022 allein aufgrund der Massenzuwanderung um 180'000 Einwohner – die Grössenordnung der Stadt Basel – zugenommen hat? Sie alle brauchen Energie, Wohnraum etc. Sind wir wahnsinnig geworden? Buchstäblich in letzter Sekunde hat die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments auf eine hinterhältige und m.E. illegale Art und Weise den Titel des neuen Gesetzes umbenannt in «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit». So wird unsere Bevölkerung getäuscht.

Verbot von Benzin, Diesel, Heizöl und Gas

Die Schweiz soll bis 2050 Netto-Null Treibhausgas-Emissionen erzeugen, was noch viel weiter geht als das Pariser Klima-Abkommen. Für die sogenannte «Dekarbonisierung» will man uns in Zukunft beim Verkehr, beim Heizen und in der Industrie die fossilen Energieträger

wie Öl, Gas, Benzin oder Diesel verbieten. Dabei werden 60 Prozent der heute in der Schweiz verbrauchten Energie aus fossilen Energieträgern gewonnen. Man will uns also Benzin- und Dieselmotoren für Autos genauso verbieten wie Öl- und Gasheizungen. Autofahren und Heizen wären praktisch nur noch elektrisch möglich. Die Konsequenz: ES braucht künftig noch viel mehr Strom. Und das, obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben. Und der Gipfel der Absurdität: Das Stromfresser-Gesetz will die Steigerung des Strombedarfs durch das «Heizungsersatzprogramm» auch noch mit zwei Milliarden Franken Steuergeldern subventionieren!

Energiekosten von über 9'000 Franken pro Kopf und Jahr

Bereits heute droht akuter Strommangel – ohne diese utopische Dekarbonisierung und obwohl wir zum grossen Glück immer noch vier Kernkraftwerke am Netz haben. Aber die sollen gemäss Rot-Grün auch noch verschwinden. Das doppelte Verhängnis – der Ausstieg aus der Kernenergie einerseits und das Verbot der fossilen Energieträger andererseits – wird die Energiekosten zum Explodieren bringen. Gemäss einer ETH-Studie steigen die Energiekosten mit dem Stromfresser-Gesetz von heute 3'000 Franken auf neu 9'600 Franken pro Kopf und Jahr. Für uns alle würde das heissen: Neben der Krankenkassenprämie kriegen wir jeden Monat eine Stromrechnung in mindestens gleicher Höhe! Und wie heute die Krankenkassenprämien müssten dereinst wohl die Stromrechnungen staatlich subventioniert werden, wenn man die Leute im Winter nicht frieren lassen will. Dagegen sind die Strompreise von heute nicht einmal ein Nasenwasser.



innova
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Vernichtung von Arbeitsplätzen und Wohlstand

Aber auch unsere Firmen würden leiden. Schweizer Unternehmen haben bereits heute aufgrund der hohen Lohn- und Produktionskosten Mühe, mit der ausländischen Konkurrenz mitzuhalten. Wenn wir die Energie nun auch noch künstlich verknappen und dadurch die Energiekosten in die Höhe treiben, werden noch mehr KMU in ihrer Existenz bedroht, und noch mehr Unternehmen werden – sofern sie das können – ins Ausland abwandern. Dort steht teilweise dreckigster Strom sehr viel günstiger zur Verfügung. Unsere Arbeitsplätze, unser Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit des Werkplatzes Schweiz gehen verloren.

Dazu kommt: Wir müssten die Häuser im ganzen Land sanieren, funktionierende Ölheizungen herausreissen und Autos mit Verbrennungsmotoren ersetzen. Und wir dürften kaum mehr Fleisch essen und vieles mehr. Dieser realitätsfremde Umbau unseres Landes auf «Netto-Null» würde laut einer Studie 387 Milliarden Franken kosten. Dazu kommen 37 Milliarden Franken allein für den Netzausbau. Und bezahlen müssten das wir alle, über unsere Mieten, Nebenkosten, Hypozinsen, Steuern, Gebühren oder wie auch immer.

«Umerzziehung»

Und über kurz oder lang sollen wir umertzogen werden. Wir werden uns Ferien und Mobilität kaum noch leisten können und müssen unseren Fleischkonsum massiv

LACHEN VERBOTEN!

Schwarznasenschafe machen Politik

hf. In der Wintersession 2022 der Eidgenössischen Räte wurde bekanntlich mit wenigen Stimmen Vorsprung Elisabeth Baume-Schneider (SP/JU) zur Bundesrätin gewählt. Den Ausschlag gab offenbar die Tatsache, dass sie sich gegenüber ihrer Basler Konkurrentin Eva Herzog sympathischer in Szene setzen konnte. Besonders gut angekommen ist in bürgerlichen Kreisen ihre launische Bemerkung über die Schwarznasenschafe auf den Bauernhof ihres Mannes. Nach gut hundert Tagen im Amt hat sie es im Asylbereich bereits geschafft, das von ihrer Vorgängerin Keller-Sutter (FDP) angerichtete Chaos noch zu vergrössern. Eine Mitschuld tragen zweifellos die Schwarznasenschafe – sie können aber – wie die vorläufig aufgenommenen Asylbewerber – nicht ausgeschafft werden.

reduzieren. Der Bundesrat spricht schon heute von einer «umweltoptimierten Nahrungsration» mit einer Reduktion des Fleischverzehr um sage und schreibe rund 70 Prozent!

Aber es ist klar: Wir lassen uns nicht bevormunden. Und wir können uns dieses realitätsfremde, unbezahlbare Stromfresser-Gesetz auch schlichtweg nicht leisten. Sagen Sie zur dieser missratenen Gesetzesvorlage am 18. Juni 2023 NEIN!

Michael Graber



«E schöns Sächsilüte!» – im modernen Kleid

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Das Büro Ha deckt auf!

Enteignung. Die Enteignung geht weiter. Es könnte auch Sie betreffen. Seit dem 1.1.2023 gelten neue Vorschriften im Bankengesetz. Diese Neuerungen werden den Kunden breitpurig als «Optimierung» vorgelogen. Ein Hohn. Bis anhin gab es eine Einlagensicherung von 100'000 Franken pro Person. Neu sind es bei einem Ehepaar nur noch 100'000 Franken Einlagensicherung! Bei mehreren Konti werden die Einlagen aufaddiert, das heisst, Sie verlieren bei einem Bankencrash alles über 100'000 Franken. Wenn die Bank in Konkurs geht, können Sie machtlos zuschauen, wie jemand sonst einstreicht – lukrative Aussichten im Sumpf!

Konsequenz: Höhere Bestände auf mehrere Banken verteilen. Per Zufall ist dieses Gesetz in ganz Europa auf den 1.1.23 in Kraft gesetzt worden. Big Money sichert sich die Pfründe.

*

Transatlantiker. Thierry Burkart gibt in der NZZ bekannt, dass er ein Transatlantiker sei. Hinter dieser Aussage stehen riesige finanzielle «Aussichten»: Die Ruag hat von Italien rund hundert Panzer Leo 1 gekauft. Diese sind etwa 60 Jahre alt und seit 25 Jahren ausgemustert mit Lagerstandort Italien. Fahren Sie auch einen Oldie? Dieses Geschäft wurde vom Seco ausgebremst. Und wer sitzt in rund zwanzig Verwaltungsräten (VR) – und auch im VR der Ruag? Deborah, die Schwester von Thierry Burkart! Das sind die wahren Gründe für die «Ausserdienststellung» von Panzern! «General Süssli», und vorgeschoben FDP-Nationalrätin Maja Riniker, machen voraus-eilend mit. Es handelt sich auch hier um eine skrupellose Entsorgungssaktion.

Solche Leute sind nicht wählbar im Herbst! Wir brauchen keine Transatlantiker von Klaus Schwabs Gnaden.

Tis Hagmann

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Der Kampf ist eröffnet



Aus kantonalen Wahlgängen zeichnet sich für die Mainstream-Medien ein wahrer Albtraum ab: Die SVP könnte aus den eidgenössischen Wahlen im Oktober dieses Jahres als Siegerin hervorgehen! Die rot-grüne Dominanz, eng vernetzt mit den linken Medien seit 2019 das Geschehen im Land bestimmend, könnte im Herbst 2023 geknackt werden.

Für die linken Medien – notorische Schönredner allen Tuns der rot-grün dominierten Bundesbürokratie – eine wahre Horror-Vorstellung.

Also wird der Medienkampf entfesselt. Mit der Zielscheibe Ueli Maurer, dem man pauschal die Schuld am Kollaps der Credit Suisse unterzujubeln versucht – weil er bis Ende 2022 Finanzminister war. Von denjenigen, welche die Crédit Suisse kurzerhand der UBS einverleibt haben, wurde er nie kontaktiert – obwohl Ueli Maurer mit jener Vorgeschichte, welche die Credit Suisse jetzt im Kollaps enden liess, eng vertraut war. Daraus glauben die Medien, das ideale Opfer für eine rabiate Attacke gefunden zu haben. In der Hoffnung, damit den SVP-Wahlsieg im Oktober verhindern zu können.



Mit Eigenleistung, erbracht im Fahrwasser von Rot-Grün und der Rot-Grün ergebenen Bundesbürokratie, glauben diese Medien offenbar nicht punkten zu können. Dass sie ganz und gar unkritisch das Notrechts-Regime in der Corona-Zeit bejubelt haben, das der Verwaltung für rigorose Einschränkungsmassnahmen Vollmachten erteilte, obwohl die Begründung dazu (Impfung verhindere die Übertragung von Corona) nachweisbar schon am Tag der Behauptung falsch war; dass die Medien zusammen mit Mitte-Links die Schweiz um die Neutralität bringen wollen, womit sie zwangsläufig zur mindestens massiv mitfinanzierenden Kriegspartei würde; dass sie Links-Grün unkritisch in den Energienotstand begleiteten, welcher der Bundesbürokratie den die Wirtschaftsfreiheit zerstörenden Entscheid darüber zuspielt, wer wann für welchen Zweck wieviel Energie planwirtschaftlich zugeteilt bekommt – mit solchen in Sackgassen endenden Jubel-Projekten glauben die Medien – zu Recht! – kaum zählbare Begeisterung für Rot-Grün wecken zu können.

Also hacken sie los auf Ueli Maurer. Ist das alles, was der Rot-Grün-Medien- und Politikuchen im Blick auf die eidgenössischen Wahlen heute zu bieten hat?

Ulrich Schlüer

FITNESS ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



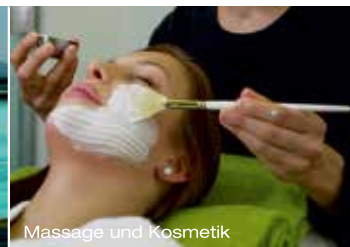
FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



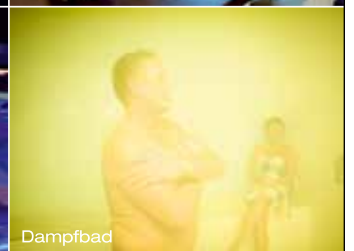
Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biosauna



Feuersauna



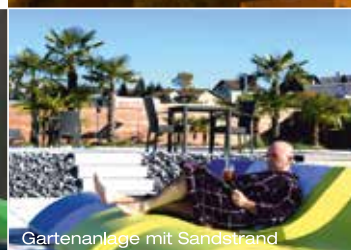
Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Sandstrand



Salzraum



Ruheraum

Das Schweizerzeit-Woke-Wörterbuch

Ihr Reiseführer nach Absurdistan

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Um «Wokeness» zu verstehen, empfehlen wir einen Sprachaufenthalt und mentale Gesundheit. Für Ihre Reise nach Absurdistan helfen wir Ihnen, sich mit den «Einheimischen» zu verständigen.



In Absurdistan versteht man unter Frauen jegliche Menschen, die sich als solche identifizieren. Ein männliches Genital ist kein Ausschlusskriterium. Man nennt sie «weiblich gelesene Personen». Frauen in unserem Sinne nennt man hingegen «menstruierende Personen». Die als linksfeministisch bekannte Harry Potter-

Autorin J.K. Rowling machte sich dummerweise darüber lustig. Deshalb ist sie eine TERF, eine radikale Feministin, welche Interessen von Frauen vertritt, die ... na ja ... Frauen sind.

Kiwi-Emoji

Auch das Emoji, bildliches Symbol einer Kiwi-Frucht, ist Hass und Hetze. Auf Twitter droht die Woke-Bubble, jede Person mit einer Kiwi-Frucht im Namen zu blockieren. Denn die Frucht ist ein Zeichen der «TERF-Bewegung». Wissenschaftlich lässt sich die Kiwi nämlich in zwei Geschlechter (männlich und weiblich) aufteilen. Dieses binäre System darf nach absurdistanischem Recht nicht auf Menschen übertragen werden, ansonsten macht man sich wegen Transfeindlichkeit strafbar.

Entbindende Person

«Mutter» sagt man nicht, denn dies schliesst Mütter mit männlichen Genitalien aus. Stattdessen ist von «entbindender Person» zu sprechen. Klingt absurd? Eben! Selbst im Haushaltsentwurf der Biden-Administration oder bei der Tagesschau spricht man von entbindenden Personen – letzteres auf Kosten der Steuerzahler (sorry, Steuer*innenzahler*innen).

Kulturelle Aneignung

Haben Sie sich früher an der Fasnacht als Winnetou oder Cowboy verkleidet hat? Skandal! Dabei eignet man sich eine Kultur an, zu dem man nicht gehört. Ironischerweise regen sich die «betroffenen Minderheiten» darüber nicht auf oder finden es sogar lustig. Dennoch: Das

Churz & Bündig

Economiesuisse, längst zum getreuen Nachbeter im Schlepptau der Bundesbürokratie mutiert, will mit einem Appell gegen Blockadepolitik die eidgenössischen Wahlen im kommenden Oktober beeinflussen. Als «Blockierer» werden all jene Zeitgenossen etikettiert, die sich der Unterwerfung unter Brüssels Funktionärsapparat verweigern.

us

Übernehmen von kulturellen Besonderheiten ist kulturelle Aneignung. Ein Mensch kaukasischer Abstammung muss demnach unter seinesgleichen bleiben.

Positiver Rassismus

Asiaten sind fleissig, sie spielen Klavier und Tischtennis, und alle haben eine reine Haut. Halt – positiver Rassismus! Darunter versteht man positive Vorurteile oder Eigenschaften, die man liebevoll jemandem anrechnet. Die Woke-Polizei sieht darin eine Unterscheidung bzgl. Merkmalen und Eigenschaften von Menschen und eine Bestärkung des Rassismus. Tunlichst vermeiden!

Triggerwarnung

In einer hochsensiblen Gesellschaft dienen «Triggerwarnungen» als Warnung vor «problematischen Inhalten». In den woken USA sind Warnungen auf institutioneller Ebene angekommen. Dort werden an Universitäten Studenten vor einer Vorlesung unliebsame Inhalte angekündigt. Selbst vor Kinderfilmen wie «Peter Pan» oder «Susi und Strolch» auf Disney+ wird vor Traumata gewarnt.

Safe Space

Passend zu «Triggerwarnung» dienen sogenannte «Safe Spaces» als Schutzzone, um sich vor negativen Gefühlen zu schützen. An US-Universitäten werden Redner eingeladen, damit Studenten sich nicht mit differenzierten Meinungen befassen müssen. Der Anwalt und Kolumnist Ben Shapiro wurde als Redner an die «DePaul-University» eingeladen, um über die Meinungsfreiheit zu sprechen. Noch vor Ort musste er von Sicherheitskräften hinaus eskortiert werden. Sollten Sie trotz allem nicht von Ihrer Reise nach Absurdistan abgeschreckt sein, brauchen Sie viel Nervennahrung und Aspirin. Dennoch: Viel Vergnügen in Absurdistan!

Hermann Lei

Plädoyer für eigenständige Elternschaft –
Abnahmezwang staatlicher Bildungsgüter hinterfragt. Wer ist für Bildung und Erziehung zuständig? die Eltern? – der Staat?

Erhältlich direkt bei **bod.ch** oder im Buchhandel
 400 Seiten | Paperback | CHF 26.90
 ISBN 9783749497430

Leserbriefe

Den Nagel auf den Kopf getroffen

Der begnadete Schweizerzeit-Kolumnist Charly Pichler hat mit seinem Text «Einfach erklärtes CS-Desaster» (Schweizerzeit Nr. 8/2023) einmal mehr den Nagel auf den Kopf getroffen. Der Vergleich der CS-Führungsetage mit Bertold Brechts «Fragen eines lesenden Arbeiters: Alle paar Jahre eine grosser Mann an der Spitze – aber wer bezahlt die Spesen?» stimmt haargenau. Ich danke Herrn Pichler für sein stetiges Aufdecken von Unzulänglichkeiten.

Hugo Marti, Hauenstein SO

Die Schweiz auf der Notfallstation?

Der 42-jährige US-Botschafter in Bern, Scott Miller, vormals UBS-Vermögensberater, seit 2009 verheiratet mit dem 68-jährigen Tim Gill, beide bekannt als Förderer der LGBTQ-Gemeinschaft, hat die über 750-jährige Schweiz in einem Masse beleidigt wie kein Ausländer zuvor. Er nannte die Nato in einem NZZ-Interview ein Donut – das ist jener fett machende und übersüsste Kringle, den die Amerikaner in Europa eingeführt haben – und die Schweiz sei das Loch in der Mitte, ein Nichts. Aussenminister Cassis, statt Scott Miller sofort einzubestellen und die Ausweisung des Mannes aus Denver (Colorado) in Aussicht zu stellen, schweigt. Dieser Scott Miller, dessen Berufung in den USA höchst umstritten war, gab unserem Parlament zudem die ungeheuerliche

«Order», die Waffenausfuhr in die Ukraine zu beschleunigen. Weitere «Orders» gab er dem Seco und verschiedenen Chefbeamten. Und er verstieg sich gar zur Aussage: «Die Schweiz ist in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.» Ein Jammer, dass es kein Bundesrat und kein Partei-Vorsitzender wagt, diesen untragbaren Diplomaten zum Verlassen der Schweiz aufzufordern. Aber vielleicht hat Scott Miller genau darum Recht mit seiner Aussage, die Schweiz sei in der schwersten Krise. Auch die Vorgänge um die Credit Suisse – an denen der einst stolze Zürcher Freisinn massgeblich beteiligt ist – zeigen in diese Richtung. Und bei der gescheiterten Swissair waren ebenfalls Freisinnige an der Spitze.

Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG

Notrecht statt Demokratie?

Offenbar gibt es zur vom Bundesrat mit Notrecht beschlossenen CS-Übernahme durch die UBS keine schriftlich unterzeichneten Dokumente. Auch den genauen Inhalt kennt weder das Bundesparlament noch die Öffentlichkeit. Die Rechtmässigkeit dieses «Deals» ist also in Frage gestellt, umso mehr als ihn der Nationalrat an der Sondersession abgelehnt hat. Es stellen sich daher ein paar Fragen: Müssten nicht gerade auch bei Notrecht eindeutige schriftlich abgefasste und unterzeichnete Dokumente vorliegen? Gibt es überhaupt klare Regelungen, wann und in welcher Form Notrecht angewendet werden darf? War es wirklich zwingend nötig, dass der Bundesrat innert knapp drei Jahren dreimal (Pandemie, Axpo, CS) dieses autokratische Instrument angewendet hat? Solange diese und weitere Fragen vom Bundesrat nicht klar beantwortet sind, bleibt das Vertrauen in die Bundesexekutive und die Politik allgemein angeschlagen. Wir wollen weder eine «Demokratur» noch eine Autokratie!

Robert Furrer, Oberkirch LU

**Wertebewusst
Ja zur Schweiz**

politagentur.ch

Politagentur.ch GmbH

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Unsere Dienstleistungen, immer zu bezahlbaren Preisen:

- ✓ Werbekampagnen von A bis Z
- ✓ Werbeplanung / Marketing-Mix
- ✓ Sammeln von Unterschriften
- ✓ Online-Kommunikation
- ✓ Social Media-Kampagnen
- ✓ Geschäftsführung
- ✓ Medienkompetenz
- ✓ Texten / Ghostwriting
- ✓ Layout / Grafik
- ✓ Webdesign

Anian Liebrand
Inhaber und Geschäftsführer
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch

David Trachsel
Projektleiter
Tel. 076 567 00 36
trachsel@politagentur.ch

www.politagentur.ch | www.polit-plattform.ch

Einmal Beresina reicht

Derzeit sind wieder Internationalisten und Neutralitätsabschaffer am Werk, die man ausbremsen muss. Die bewaffnete Neutralität hat uns gerettet vor zwei schlimmen Kriegen, deshalb ist diese Staatsmaxime unentbehrlich. Was wäre geschehen, wenn die Wehrmacht bei uns einmarschiert wäre? Was geschähe, wenn z.B. Frankreich und Deutschland in zehn Jahren einandergeraten würden? Käme es zu einer Spaltung in frankophile und deutschfreundliche Schweizer? Und ein NATO-Beitritt kommt eh nicht in Frage – schon wegen der Beistandspflicht gemäss Artikel 5. Schweizer Soldaten waren schon einmal an der Beresina – einmal reicht!

Andreas Ungricht, Basel

Schwache Schweiz?

Ich gratuliere Kantonsrat Matthias Hauser zu seinem Artikel «Krieg, Frieden, Neutralität» in der Schweizerzeit Nr. 7/2023. Seine Kernfrage lautet: Sind wir – also die Schweiz – schwach geworden? Ich bin der Meinung, dass die Schweiz ihren Fokus oder Kompass verloren hat. Uns sind Gendersternchen und Wohlfühloasen wichtiger geworden als konkrete Hilfestellungen für alle auf dieser Welt. Für uns ist es wichtiger, es jedem



Sinnvoll angelegte Steuergelder?



Der Bürger setzt auf die Vernunft staatlicher Stellen im Umgang mit Steuergeldern und vertraut darauf, diese würden sinnvoll eingesetzt. Er irrt!

Ort: Zürcher Justiz- und Polizeizentrum (PJZ), neues Gefängnis Zürich West, kurz GZW. Leiterin: Betriebsdisponentin Barbara Morgner, 43, staatlich anerkannte Buchhändlerin, kompetente Fachfrau. Die NZZ bezeichnete das GZW als «Planungsdebakel», der Tagesanzeiger formulierte es moderater: «Riesenklotz» mit zu viel Fluktuation und zu wenig Know-how in der systematischen Konzeption. Es hat 124 Plätze für Polizeihäftlinge, 117 für U-Haft und (vorläufig) 116 Mitarbeiter.

Die Inhaftierten: Sie bleiben bei vorläufiger Festnahme maximal 96 Stunden arrestiert. Die «Klientel» sitzt ein wegen häuslicher Gewalt, Körperverletzung, Diebstahl, Hausfriedensbruch, Drogendelikten und Widerhandlungen gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz. Gemäss «SonntagsZeitung» sind typische Schweizer Namen kaum vertreten.

Der Vandal: Ein Häftling zerlegt seine Zelle samt Einrichtung. Leiterin Morgner ordnet Verlegung in eine vandalensichere Zelle an, notfalls in eine Sicherheitszelle, sofern sein Aggressionstrip anhält.

recht zu machen, anstatt für unsere Werte und unsere Demokratie einzustehen. Meines Erachtens ist nicht «die Schweiz» schwach geworden – aber seit einiger Zeit sind zu viele schwache Politiker und Politikerinnen gewählt worden. Wenn wir uns den ganzen linken Mainstream-Quatsch vergegenwärtigen, dann wundert es mich nicht, dass wir uns «zu wohl fühlen» und die wirklichen Probleme hinter Scheingehabe und Weichspülerei verstecken. Ich hoffe sehr, dass sich das Thema bei den eidgenössischen Wahlen im kommenden Herbst erledigt. Aber dazu brauchen wir die Stimme jedes Mannes und jeder Frau und jene von Freunden, Bekannten und Verwandten an der Urne. Nur dann können wir uns wieder um die wichtigen Themen kümmern.

Thomas Schneider, Kloten ZH

Reisefieber

In letzter Zeit lässt sich eine vermehrte Reisefreudigkeit unserer Diplomaten und Magistraten beiderlei Geschlechts feststellen. Es macht den Anschein, als wollten sich die Betroffenen vor ihren vielen, im eigenen Land nicht bewältigten Problemen in weniger brisante Sphären retten, anstatt vor den eigenen Türen zu wischen. Doch der Schein trügt! Nach devotem Kniefall kehren unsere Schweizer Polit-WeltenbummlerInnen oftmals mit prall gefüllten Reisekoffern zurück. Mit wenig reizvollen «Reise-Souvenirs» allerdings, wie Anmassungen,

Der Patriarch: Die junge Leiterin der Empfangsstelle: «Von Männern aus patriarchalisch geprägten Ländern höre ich: «Mit einer Frau rede ich nicht, nur mit dem Chef.» Erfahren sie, dass ich es bin, folgt Konsternation.»

Die «Grüsel»: Sie verstopfen Abflussrohre mit Toilettenpapier, überschwemmen ganze Räume, schmieren Fäkalien an die Wände. Der Reinigungsdienst steht rund um die Uhr im GZW bereit.

Die Body-Packer: Das Röntgengerät zeigt, dass sie Drogen-Fingerlinge im Darmtrakt schmuggeln. In der Zelle ist eine Kamera aber keine Toilette. Scheiden sie die Drogen aus, greift das Personal zur Beweissicherung ein.

Sinnvoll verwendete Steuergelder? Der Zürcher Regierungsrat hat 82 Zusatzstellen bewilligt plus weitere zwanzig Millionen Franken für 2024/2025; diese kommen zu den 570 Millionen dazu, welche das GZW gekostet hat. Zum Schmunzeln: Im April 2023 hat man im Zürcher GZW vier Häftlinge verwechselt. Sie wurden freigelassen statt eingebuchtet. Sie wieder einzufangen, wird einiges kosten. Egal: Geldnachschub aus Beständen des Fiskus ist gesichert.

Der Steuerzahler: Einziges Lebewesen, dem man das Fell mehrmals über die Ohren ziehen kann!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Anklagen, Unverständnis, Drohungen, Beleidigungen und fremdbestimmten Aufträgen an unser demokratisches Vaterland. Man hat seine Visitenkarte hinterlassen und «etwas gemacht». Zurückgekehrt, verunsichert man mit dem anrühigen Reisegepäck – selbstverständlich mit bereitwilligster Unterstützung der rot-grünen Medien – die leider wenig standhafte bürgerliche Politszene und einen Grossteil unserer Bevölkerung, anstatt vor Ort klar zu machen, dass in der Schweiz historisch gewachsene Grundsätze gelten, welche aufzugeben wir nicht einmal im Traum erwägen.

Ernst A. Rubli, Ramsen SH

Nigeria: Verdoppelung der Einwohnerzahl

1970: 56 Millionen
1996: 111 Millionen
2023: 224 Millionen

Nächste Verdoppelungen: 448 Millionen, 896 Millionen, 1,79 Milliarden, 3,6 Milliarden, 7,2 Milliarden etc.

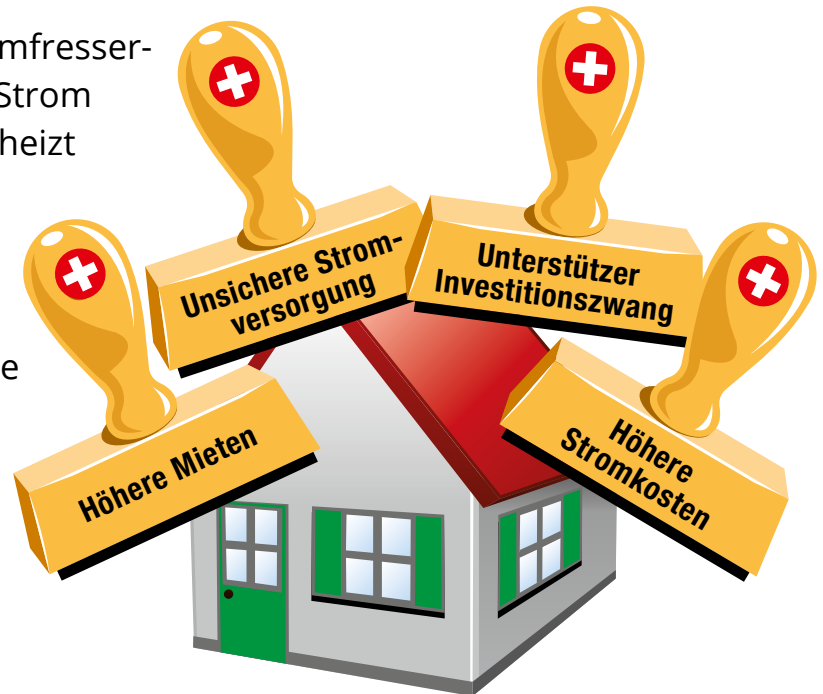
Weil die Politiker in Bern diese Fakten verschweigen, möchte ich Bundesrat werden. Dudo Erny, Zug

Achtung: Kostenfalle!

Bei einer Annahme des «Stromfresser-Gesetzes» darf nur noch mit Strom und erneuerbarer Energie geheizt werden.

Der Stromverbrauch nimmt stark zu. Gleichzeitig ist die Stromversorgung schon heute unsicher.

Die Energiepreise schlagen enorm auf. **Das Wohnen wird teurer.**



Die Folgen:

- Auch Hauseigentümer, die bereits mit erneuerbarer Energie heizen, müssen mit massiv teureren Strompreisen und Blackouts rechnen. **Die Wohnkosten steigen, die Versorgungssicherheit sinkt!**
- In Häusern, in denen heute mit Öl oder Gas geheizt wird, müssen auch jüngere Heizungsanlagen vorzeitig herausgerissen werden! **Das ist teuer und wirtschaftlich unsinnig!**
- In der Bauwirtschaft mangelt es an Fachkräften. Lange Wartelisten bei den Förderbewilligungen verzögern die Arbeiten. **Ein schneller und unkomplizierter Heizungsersatz ist deshalb schon heute nicht mehr möglich!**
- Vor allem ältere Menschen und Familien mit kleinerem und mittlerem Einkommen werden unter den hohen Strompreisen und aufgezwungenen Sanierungskosten leiden. **Das ist unfair!**
- Für alle Eigentümer von Häusern mit Baujahr 1990 oder älter wird das Wohnen mit den höheren Stromkosten und den staatlich verordneten Gebäudesanierungen gleich doppelt teurer. **Das ist unsozial!**



Hauseigentümerverband Schweiz
Seefeldstrasse 60, 8032 Zürich, www.hev-schweiz.ch

Deshalb:

NEIN zum
Stromfresser-
Gesetz (KIG)

Abstimmung indirekter Gegenvorschlag
zur Gletscher-Initiative vom 18. Juni 2023

Eine klare Mehrheit fordert:

Zuwanderung endlich begrenzen!

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Eine 20 Minuten-/Tamedia-Umfrage hat ergeben, dass über 60 Prozent der befragten Schweizer die Zuwanderung begrenzen möchten. Jene links-grünen und gleichgesinnten «bürgerlichen» Politikerinnen und Politiker, welche dies schönreden wollen, liegen definitiv falsch.



Es ist letztendlich nur die SVP, welche schon seit vielen Jahren in dieser Sache klar Position bezieht. Die andern bürgerlichen und Mitte-Parteien werden wohl mit Blick auf die Herbstwahlen versuchen, auf diesen Zug aufzuspringen; dies hoffentlich mit mässigem Erfolg. Gerade die FDP und die «Mitte» beziehen im Wahlkampf regelmässig klare Kante,

um nach den Wahlen viele ihrer Positionen zu relativieren und mit der links-grünen Politik gleichzuziehen. Es ist wiederum die SVP, welche aufgelistet hat, was eine Zuwanderung von gegen 190'000 Einwohnern bedeutet bezüglich zusätzlichen Wohnungen, Ärzten, Zahnärzten, Spitalbetten, Pflegefachpersonal, Schulklassen und Schulhäusern, Autos, Gefängnissen und Gerichten.

Dabei ist es auch notwendig, die kürzlich publizierte Polizeiliche Kriminalstatistik 2022 zu konsultieren. Die Zahlen der schweren Gewaltstraftaten und Vergewaltigungen haben sich erneut besorgniserregend erhöht, und der Anteil ausländischer Straftäter bei diesen Deliktstypen ist alarmierend. Deshalb müssen bei der SVP-Auflistung auch die zusätzlich notwendigen Polizeikräfte im uniformierten Aussendienst, bei den Fahndungseinheiten und bei der Kriminalpolizei aufaddiert werden. Zudem wird es unumgänglich sein, die kantonalen Staatsanwaltschaften personell aufzustocken, damit die anfallenden Strafverfahren per Strafbefehl oder Anklage von den Gerichten erledigt werden können.

Wem also die Sicherheit der hiesigen Bevölkerung am Herzen liegt, der kommt um die Zuwanderungsfrage nicht herum. Jetzt sprechen alle von den Fachkräften, welche für unser Land notwendig seien. Richtig, aber mit weniger Zuwanderung bräuchten wir auch weniger Fachkräfte – so einfach ist das. Gerade viele Migranten aus dem nord- und zentralafrikanischen Raum, welche nie und nimmer den Flüchtlingsstatus laut Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen, können niemals als Fachkräfte nach unseren Anforderungen arbeiten. Der Weg vieler dieser Menschen zu den Töpfen der Sozialhilfe ist deshalb unausweichlich und kann nicht in unserem Sinn sein.

Da ist es auch nachvollziehbar, dass die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni aufgrund der steigenden

Migrationszahlen den Notstand ausgerufen hat und Italien somit keine Rückübernahmen mehr duldet. Dies veranlasste einen SP-Ständerat zur Bemerkung, die Migranten und Flüchtlinge müssten europa- und Schengen-weit «gerecht» verteilt werden. Dies bleibt jedoch eine Illusion, solange jeder Flüchtling sein Wunschland selbst auswählen kann.

Weil der Schutz der Schengen-Aussengrenzen in keiner Weise gewährleistet ist, muss die Schweiz zwingend ihre Grenzen wieder selbst kontrollieren. Da Italien den Notstand ausgerufen hat und keine Migranten mehr zurücknimmt, muss unsere Grenzwa- che – allenfalls unterstützt durch militärische Einheiten – in Richtung Italien engmaschiger kontrollieren. Anstatt sie zurückweisen wie bis anhin, hat neu der Grundsatz zu gelten, keine unerwünschten Personen einreisen zu lassen und ihnen den Grenzübertritt zu verunmöglichen.

Interessanterweise hat die eingangs erwähnte Umfrage bei gewissen Mainstream-Medien sofort dazu geführt, dass in der Schweiz lebende Ausländer darüber befragt wurden, was sie an uns Schweizern störe, und zwar vom Verhalten bis hin zur Kleidung. Es wäre bedeutend aufschlussreicher gewesen, Herr und Frau Schweizer zu fragen, was ihnen an hier ansässigen Ausländern gefällt oder eben nicht gefällt.

Markus Melzl

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2023: Fr. 50.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Das Fach Schweizer Geschichte in der Volksschule aufwerten

Wie entstand die moderne Schweiz?

von Hanspeter Amstutz, ehem. Bildungsrat und Sekundarlehrer, Fehraltorf ZH

Landauf landab wird gegenwärtig auf das grossartige Schweizer Verfassungswerk von 1848 hingewiesen. Die neue Verfassung war die Basis für die direkte Demokratie mit umfassenden Volksrechten. Doch dieser Weg war oft steinig und führte über heftige politische Kämpfe. Meilensteine wie die Gotthardbahn, der Generalstreik von 1918 oder die dramatische militärische Lage um 1940 prägen unser Geschichtsverständnis.



Wer jedoch glaubt, die Kenntnis unserer neueren Geschichte sei All-gemeingut der Volksschulabgänger, täuscht sich. Schweizergeschichte wurde in den meisten Schulen völlig an den Rand gedrängt. Doch das sieht die Zürcher Bildungsdirektion anders. Gemäss seiner Antwort auf ein Postulat der Kantonsräte Nina Fehr Düsel, Künsnacht, und Rochus Burtscher, Dietikon,

das ein Konzept zur Aufwertung des Geschichtsunterrichts verlangt, sieht der Regierungsrat keinen Grund zum Handeln. Anderthalb Wochenstunden reichten für das Fach aus, um wesentliche Kompetenzen zu vermitteln, zudem habe mit der Einführung des neuen Lehrplans kein Abbau an Lektionen stattgefunden. Die Bildungsdirektion unterschlägt jedoch, dass die Anzahl der Realienstunden (inkl. Geschichte) vor ein paar Jahren zugunsten des erweiterten Fremdsprachenunterrichts reduziert wurde. Den Schulen wurde damals nahegelegt, den Bereich Geschichte um eine Wochenlektion zu kürzen. Es war die klare Weichenstellung zur Abwertung des Geschichtsunterrichts.

Bildungsdirektion nicht im Bild

Man gewinnt aus der Antwort des Regierungsrates den Eindruck, dass die Bildungsdirektion über den wahren Zustand des Geschichtsunterrichts in der Volksschule gar nicht im Bild ist.

Zwar ist es Sache der Fachstelle für Schulbeurteilung, periodisch Bericht über die Qualität des Unterrichts in den einzelnen Fächern zu erstatten. Doch Geschichte scheint für die Bildungsexperten bei ihren seltenen Besuchen eher uninteressant zu sein. In der Postulat-Antwort versteckt man sich hinter der Kompetenzenlehre, wo mit politischen und geschichtlichen Kompetenzbegriffen ein eigentliches Blendfeuerwerk gezündet wird: «Jugendliche sollen anhand von konkreten Beispielen grundlegende Einsichten für die Gegenwart und die Zukunft gewinnen.» Das tönt zwar gut, erfüllt aber seinen Zweck nicht, wenn die Lehrkräfte im Dschungel der ausufernden Kompetenzen die Orientierung verlieren und am unerfüllbaren Auftrag scheitern.

Fragwürdige Geschichtsdidaktik

Das Fach Geschichte braucht ein klares Profil. Lehrkräfte und Eltern wollen wissen, was an unseren Volksschulen

verbindlich unterrichtet wird. Geschichte muss spannend vermittelt werden, wenn man Jugendliche für das Fach begeistern will. Und der Unterricht muss sich an verbindlichen Inhalten orientieren – nicht an sogenannten Kompetenzen. Die vorherrschende Geschichtsdidaktik mit der äusserst kritischen Einstellung zur Geschichte des eigenen Landes ist wenig geeignet, Begeisterung für das Fach zu wecken. Jüngere Lehrkräfte fragen sich: Dürfen wir Schweizergeschichte im Unterricht überhaupt noch spannend gestalten, ohne gleich einer Geschichtsverfälschung bezichtigt zu werden? Auf Grund dieser Unsicherheit ist die an Fakten orientierte Erzählkunst heute in vielen Klassen durch das Selbststudium von historischen Dokumenten ersetzt worden. Doch mit diesem eher akademischen Ansatz erreicht man die Mehrheit unserer Jugendlichen kaum. Die Jugendlichen wollen mit interessanten, lebensnahen Schilderungen mitten ins geschichtliche Geschehen einer Epoche geführt werden. Sie wollen verstehen, was die Menschen bewegte, sie fiebern mit, wenn es um das Schicksal einer Nation geht und sie sind motiviert, darüber im Klassenverband zu diskutieren.

Aufwertung des Geschichtsunterrichts

Das Fach Geschichte braucht bessere Rahmenbedingungen mit zwei festen Wochenstunden und verbindlichen Bildungsinhalten. Im Baselbiet hat man diesen Schritt bereits vollzogen und einen inhaltsorientierten Lehrplan mit klaren Zielen in Kraft gesetzt. Eine verdichtete Gesamtschau über die Entstehung der modernen Schweiz im damals unruhigen bis feindlichen europäischen Umfeld muss im Kanton Zürich und gesamtschweizerisch wieder zu den verbindlichen Bildungsinhalten gehören.

Hanspeter Amstutz



«Schweizerzeit»-Special
Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und
Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax
 inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten,
 Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität,
 dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0,
 automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-
 Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00

Strom-Mangel und Masseneinwanderung:

Das Rezept für Verarmung



180'000 Einwohner mehr – in einem einzigen Jahr! Allein durch Masseneinwanderung. Das wurde 2022 Tatsache. Und die Masseneinwanderung geht weiter!

Gleichzeitig befürchtet die Schweiz Strom-Mangel. Oder gar Blackout (Zusammenbruch der gesamten Stromversorgung). Und das Stromfresser-Gesetz will die gesamte Energieversorgung auf Strom umstellen.

Das Stromfresser-Gesetz verfügt:

- ✗ Verbot von Benzin- und Diesel-Autos
- ✗ Verbot von Ölheizungen
- ✗ Verbot von Kernenergie-Anlagen

Gleichzeitig Masseneinwanderung und Strom-Mangel: **Da ist die Katastrophe vorgezeichnet!** Das bewirkt die Stromrationierung. Das vertreibt Produktionsbetriebe aus der Schweiz. Das treibt die Schweiz in die Armut.

Deshalb am 18. Juni

NEIN

Stromfresser-Gesetz!

Masseneinwanderung:

Die Katastrophe ist vorgezeichnet!

Allein 2022 180'000 Einwohner mehr (das entspricht der Stadt Basel)! Laut statistischem Jahrbuch betrug im Jahr 2021 der Strombedarf pro Einwohner 6,68 Megawattstunden. Das heisst, es braucht mehr als hundert neue Windkraftanlagen allein für die jährliche Zuwanderung. Solche Chaos-Politik bewirkt unweigerlich Strom-Mangel.

- ✗ Der Zwang zur Elektrifizierung verursacht Netzüberlastungen, was zwingend Stromrationierung (auch für E-Autos, auch für Wärmepumpen-Heizungen) verlangt. Die Landbevölkerung, zum Pendeln gezwungen, muss für städtischen Luxus bezahlen. **Die obrigkeitlich befohlenen Investitionen verteuern die Mietpreise massiv.**
- ✗ Die obrigkeitlich verfügte Reduktion von Nutztieren verbietet der Bevölkerung den Fleischkonsum.
- ✗ **Solarpanel-Plantagen verdrängen Landwirtschaft und Natur.**
- ✗ Mobilität, Ferienreisen werden zum Luxusprodukt, nur noch den Reichsten möglich. Die andern haben sich mit dem Stromverbot und der Stromverteuerung zu arrangieren. **Das verurteilt die Hochpreisinsel Schweiz zu einer Höchstpreisinsel** – was ganze Wirtschaftszweige zerstören wird. Das zerstört die von den Touristen geliebte Schweiz mit ihren schönen Landschaften. Windkraftanlagen und Solarpanel-Plantagen kennen sie bereits von zu Hause.
- ✗ Kommt das Gesetz, so müssen vierzig bis sechzig Terawatt Strom pro Jahr zugebaut werden. Das heisst: **Dreitausend bis fünftausend Grosswind-Anlagen. Und mindestens dreissig Täler müssen in Stauseen verwandelt werden.**

stromfresser-gesetz-nein.ch

Deshalb am 18.

NEIN zum Strom

Unbezahlbar!

Das Stromfresser-Gesetz erteilt dem Bundesrat Generalvollmacht:

- ✗ Für das Totalverbot von Benzin- und Diesel-Autos
- ✗ Für das Totalverbot von Ölheizungen
- ✗ Zur eigenmächtigen Festsetzung des Benzinpreises

Und das bei offensichtlichem Strom-Mangel. Die Energieversorgung der Schweiz wird damit auf Gedeih und Verderb **vom Ausland abhängig**. Aber unsere Nachbarländer sind selber vom Blackout bedroht. Nur Frankreich kann noch Atomstrom liefern.

Die ETH Zürich hats ausgerechnet: Der Umbau der Schweizer Energieversorgung allein auf Strom kostet die Steuerzahler

CHF 387'000'000'000 (387 Milliarden)!

Das wird die Strompreise explodieren lassen.

Man zwingt alle zum Stromverbrauch – und verteuert den Strom um ein Vielfaches.

**Das treibt
die Schweiz
in die Armut!**



Juni:

Stromfresser-Gesetz!



Zerstörung zahlbarer Energieversorgung

Das Stromfresser-Gesetz zieht der Schweiz den Stecker

Bundesbern duldet, ja fördert die illegale Masseneinwanderung. Und gleichzeitig sollen Benzin- und Dieselfahrzeuge, aber auch Ölheizungen und die Kernenergie-Nutzung verboten werden.

Solarstrom und Windstrom allein sollen den ganzen Energiebedarf decken. Das verursacht massivste Stromverknappung. Das lässt die Strompreise explodieren. Die Folgen: Zerstörung von Tourismus, von Produktion und Gewerbe.

Und allen Haushalten droht Stromrationierung.

Das verstösst die Schweiz in die Armut.
Deshalb am 18. Juni:
NEIN zum Stromfresser-Gesetz!



Ich will unser Land vor dem Niedergang schützen!
Deshalb leiste ich einen Beitrag zur Grossverteilung des Sonderdruckes «NEIN Stromfresser-Gesetz»

Per Internet sammelplatz-schweiz.ch/stromfresser: Mit wenigen Klicks den Sonderdruck «NEIN Stromfresser-Gesetz» in den Gemeinden Ihrer Wahl verteilen lassen. Nur 24 Rappen pro Exemplar (inklusive Druck, Porto und allen weiteren Kosten).

Per Telefon 052 301 31 00: Verteilung des Sonderdruckes «NEIN Stromfresser-Gesetz» in den Gemeinden Ihrer Wahl nehmen wir auch per Telefon entgegen.

Per Post:

Name / Vorname
Strasse, Nr.
PLZ, Wohnort
E-Mail
Telefon

- Flyer verteilen lassen. Ich wünsche die Verteilung in folgenden Gemeinden:
.....
.....
- Einen Einzahlungsschein für Spende
- (Anzahl) Exemplare des Sonderdruckes «NEIN Stromfresser-Gesetz»
- Eine Schweizerzeit zur Probe

Bedenklich oft machen Nachrichten – wie jüngst aus dem Kanton Jura – die Runde, wonach selbst Primarschüler ihre Lehrerin oder ihren Lehrer tätlich angegriffen hätten. Regelmässig werden solche Nachrichten mit der Ergänzung angereichert, die tätlich gewordenen Schülerinnen oder Schüler würden jetzt von speziell geschulten Konflikt-Therapeuten «begleitet». Die Volksschule unterstünde nun einmal der Verpflichtung, Bildung «allen», auch «besonders auffälligen» Schülerinnen und Schülern zu vermitteln.

Und die Eltern?

Bedeutet Schulpflicht wirklich, dass «alle» unterrichtet werden müssen? Auch jene, die allzu oft grundlos und unentschuldigt fehlen, auch die notorischen Störer, auch solche, die gegen Lehrerinnen oder Lehrer tätlich werden, und auch solche, deren Väter oder Mütter Lehrerinnen und Lehrer unflätig oder gar körperlich attackieren?

Wenn sich die Schulen gegen derart Untolerierbares nicht nachdrücklich zur Wehr setzen, dann ist der Zerfall des Schweizer Bildungswesens – einst weltweit als vorbildlich anerkannt – vorgezeichnet. Schulpflicht heisst doch: Der Staat – Kantone und Gemeinden – haben Bildung anzubieten durch sorgfältig ausgebildete Lehrkräfte. Das allein ist Schulpflicht. Es existiert dazu aber auch eine Elternpflicht: Ihre Kinder so zu erziehen, dass sie sich in eine Schulklasse einordnen, dass sie die ihnen angebotene Bildung auch annehmen. Ist den Eltern dies gleichgültig, sind sie auf das tyrannische Verhalten ihrer Nachkommen gar klammheimlich stolz, und lehnen sie ab, dass Lehrerinnen von ihren Söhnen ein anständiges Verhalten im Unterricht verlangen, dann ist ein kategorisches «Halt!» angebracht. Oder betrachtet jemand die Schule als verpflichtet, sich solchen, eine Klasse regelrecht zersetzenden Schülern ausliefern zu müssen?

Eine solche Verpflichtung hat unsere Volksschule gewiss nicht – schon nicht aus Rücksicht auf alle lernwilligen Kinder. Die Schule darf, ja muss verlangen, dass Eltern ihre Kinder so erziehen, dass sie «schulfähig» sind in einem Klassenverband. Wird das verweigert oder

missachtet, dann sind die Eltern zu verpflichten, ihre Nachkommen auf ihre Kosten dort unterrichten zu lassen, wo solchen Kindern die erforderliche Nacherziehung zuteil wird.

Idylle und Realität

Jahrzehntelang erfreute sich die Schweiz am obrigkeitlich so wohlgefällig präsentierten Bild, wonach unser Land zum erfolgreichen Hochlohn-Wirtschaftsstandort geworden sei, weil es in Ermangelung Wohlstand garantierender Rohstoffe auf Bildung gesetzt habe: Die Fähigkeiten der in exzellenten Schulen Gebildeten – das sei der dem Land Wohlstand sichernde Rohstoff der Schweiz.

Diese Idylle entsprach lange der Realität. Heute aber nicht mehr. Unsere Schulen zerfallen. Auch als Folge völlig aus dem Ruder laufender Masseneinwanderung. Die, welche da in Scharen kommen, seien eben nicht darauf gefasst, dass in unseren Schulen auch Anstand und Leistung verlangt würden. So versuchen sich die Masseneinwanderungs-Beförderer herauszureden. Und sie bieten Heerscharen von Therapeuten auf, die das sterbende Schweizer Schulsystem mit wohlfeilen Sprüchen begleiten.

Unverzichtbare Bedingung

Haben Einwanderer schulpflichtige Kinder, muss ihr Aufenthaltsrecht zwingend an ihre Bereitschaft geknüpft werden, ihren Nachwuchs so zu erziehen, dass er in hiesigen Schulklassen das ihm präsentierte Bildungsangebot auch an- und aufnimmt. Verweigern Eingewanderte solche Bereitschaft, ist ihr Aufenthaltsrecht für die ganze Familie zu widerrufen.

Die Durchsetzung dieser ebenso einfachen wie spürbaren Massnahme würde die Unterrichtssituation in allen Schulklassen der Schweiz schlagartig verbessern. Solche Konsequenz auf der Grundlage hier geltender Schulpflicht wäre die Schweiz all jenen schuldig, die wissen, dass ein Land, das der Jugend keine mit Leistungspflicht angebotene Bildung mehr zu vermitteln vermag, dem Untergang geweiht ist.

us



Schulpflicht

GOAL GLOSSAR



Klarheit

Klarheit

abgeleitet von klar; <lat.> clarus –
«klar, glänzend, hell»

Damit eine Kampagne erfolgreich sein kann, muss sie eine klare Aussage haben. Denn nur so lassen sich die Wählerinnen und Wähler überzeugen, motivieren und gewinnen. Und nur so winkt am Ende ein «glänzender» Abschluss.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch



AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Unverantwortliche Energie- und CO₂-Bilanz

Mit voller Kraft gegen die Windkraft

von Marcel Wehrli, Küttigen AG

In Zeiten möglicher Strommangellagen ist der Bau von Windkraftanlagen (WKA) für viele eine taugliche Alternative zu Anlagen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Darum habe ich seriöse Daten zu diesen Windrädern zusammengestellt – für die ganze Kette von der Herstellung bis zur Entsorgung – um für jeden der benötigten Baustoffe einen «Energie-Fussabdruck» und den CO₂-Ausstoss aufzuzeigen. Dies ist umso wichtiger, als oft unhaltbare Studien zum «Wunder» Windenergie kritiklos akzeptiert werden.



Als Grundlage für den «Energie-Fussabdruck» nehme ich eine Windkraftanlage mit einem Gesamtgewicht von 7'500 Tonnen, einer Kapazität von sieben Megawatt (MW), einer Nabenhöhe von 160 Metern, einem Maschinenhausgewicht von 700 Tonnen inkl. Generator und Rotoren mit Nabe, sowie einem Rotordurchmesser von 180 Metern. Gemäss dem Hersteller liegt der Jahresenergieertrag bei 15'000 MWh; realistisch sind aufgrund der effektiven Windverhältnisse 10'000 MWh.

Der wichtigste Faktor ist der Wind: Ab 4m/Sekunde (s) beginnt die WKA Strom zu produzieren, bei 10–12 m/s wird die max. Leistung erreicht, bei über 25 m/s wird die WKA abgestellt, um Schäden zu vermeiden. Halbiert sich die Windstärke jedoch auf 5–6 m/s, reduziert sich die Stromproduktion auf zehn Prozent (!) der möglichen Leistung.

Was braucht es bis zum Betrieb eines einzigen Windrades?

Vorarbeiten Zufahrtsstrassen: Aushub fünf Meter breit. Je nach Distanz zur nächsten bestehenden Strasse bedeutet das wochenlanges Abtragen der Humusschicht und

Abtransport mit geländegängigen 3-Achs-Knickdumper zu einem Deponieplatz. Anlieferung von tonnenweise Koffermaterial/Schotter und Verdichtung mit Walzen. Dieselben Arbeiten für Installationsplatz, Lagerplatz und Kran-Stellplatz. Der Abtransport von Humus und die Anlieferung des Strassen-Baumaterials umfassen mindestens 3'500 m³, verteilt auf 300 Lastwagentransporte.

Vorarbeiten Fundament: Aushub und Abtransport von Erdreich im Durchmesser von 25–30 Metern und einer Tiefe von 4–5 Metern ergeben ein Volumen von 2'600 m³, was bei einem Ladevolumen von 12 m³ rund 220 LKW-Transporte benötigt. Nur schon eine Transportstrecke von 20 Kilometern erfordert Hin- und Rückfahrten von 2 × 520 Transporten à 20 km = 20'800 km. Bei einem durchschnittlichen Dieserverbrauch von 30 Litern/100 km ergibt dies einen Bedarf von 62'400 Litern Diesel. Umgerechnet auf 9,8 kWh/Liter Diesel entspricht das einem Energieverbrauch von nahezu 612 MWh – ohne Berücksichtigung des Energieverbrauchs von Baggern, Trax, Walzen, Förderbändern und Steinbrechanlagen. Fazit: Allein die Vorarbeiten erfordern einen Energiebedarf von 612 MWh, und sie haben einen CO₂-Ausstoss von 165 Tonnen (to) zur Folge.

Bau Fundament: Bei 25 m Durchmesser und 4 m Tiefe braucht es 1960 m³ oder 4500 to Beton und 180 to Betoneisen.

Zum einen braucht es für das Fundament Stahl, hergestellt aus Roheisen. Die Herstellung einer Tonne Roheisen braucht 5,9 MWh Energie, und es entstehen 2,5 to CO₂. Die Weiterverarbeitung vom Roheisen zum Stahl erfordert weitere 7,5 MWh Energie und erzeugt weitere 1,7 to CO₂. Insgesamt braucht es für die Armierung des Fundaments (d.h. für die erwähnten 180 to Betoneisen) 2412 MWh Energie, bei einem Ausstoss von 756 to CO₂. Dazu kommen für die Herstellung von 4500 to Zement und Beton für das Fundament weitere 4'071,6 MWh Energie, und es entstehen 4'500 to CO₂.



(Bild: Valentin Haurand / Keystone)

Bau Hybridturm, 160 Meter hoch, 3/4 Stahlbeton (1'200to), 1/4 Stahl (800 to). Der Stahlbeton für den Turm braucht gesamthaft 1'085,8 MWh Energie und erzeugt 1'200 to CO₂. Zudem benötigt der Stahl für den Turm 6'000 MWh Energie, und es entstehen 3'360 to CO₂. Das ergibt einen Zwischenstand für Vorarbeiten/ Erdbewegungen und die hauptsächlichlichen Baustoffe von 14'200MWh Energie bei 9'981 to CO₂-Ausstoss.

Weitere energetisch wesentliche Baustoffe für eine WKA

Kupfer: 25 to für Generatorwicklung, Steuerung etc., 50to und mehr für Stromleitung ins Umspannwerk; Neodym im Generator (fragwürdiger Abbau in China); 80–90to Glasfasermatten und Epoxidharz; Farben und Lacke für Turm und Flügel; 10m³ Balsaholz pro Flügel, welches illegal im Regenwald von Equador abgeholzt und per Schiff nach Europa gebracht wird.

Dazu kommen grosse Energiemengen für den Abbau und Transport von Kupfererz, Kalkstein, Zement, Kies, Eisenerz (plus Verhüttung zum Rohstahl) bis zur Fertigung der Endprodukte (Generator, Welle, Lager, obere Turmteile etc.)

Nicht vergessen werden darf auch der Energiebedarf für die Montage und das Equipment der WKA, u.a. zwei Mobilkrane mit 300–500to Hublast und ein Raupenkran

mit 800–1'000to Hublast. Zum Aufrichten der gegen 200 Meter langen Ausleger braucht es bis zu 1'000 to zusätzliches Gegengewicht. Alles aus Stahl und per LKW auf den Berg transportiert – und nach Fertigstellung der WKA natürlich wieder abgebaut und wegtransportiert.

Fazit

Insgesamt ergibt eine solide Rechnung einen gesamten **Energieaufwand von 16'500 MWh und einen Ausstoss von 10'100 Tonnen CO₂ pro WKA**. Rechnet man den Energieaufwand für die Transporte und den Rückbau inkl. Recycling noch dazu, wird die energetische Amortisation bei 10 bis 12 Jahren liegen, und bei schlechteren Windverhältnissen wohl die ganze Lebensdauer einer WKA beanspruchen. Dazu kommt: Die letzte deutsche Firma «Nordex», die noch Turmteile und Rotorblätter hergestellt hat, wurde wegen zu hohen Herstellungs- und Transportkosten im Juli 2022 geschlossen und nach Indien ausgelagert. In Zukunft werden die Rotorblätter in Indien hergestellt und per Containerschiff um die halbe Welt nach Europa transportiert. Ein Containerschiff verbraucht **pro Tag 60 Tonnen Schweröl! Der Transport Asien-Deutschland beträgt ca. 60 Tage, verbraucht also 3'600 Tonnen Schweröl, was einen Ausstoss von 11'375 Tonnen CO₂ verursacht**. Fazit: Unverantwortlich bis katastrophal.

Marcel Wehrli

Klima-Extremisten



Klimapolitik hatte weltweit noch nie einen so hohen Stellenwert wie heute. Umso erstaunlicher ist, dass sich gerade in der heutigen Zeit Protestbewegungen wie die «letzte Generation» oder «extinction rebellion» formiert haben und behaupten, es brauche mehr Druck für einen Wandel in der Klimapolitik.

Medienwirksame Grenzüberschreitungen von Organisationen wie «Greenpeace» gibt es schon länger. Eher neu sind die Klima-Proteste von Jugendlichen in Europa, und diese haben sich radikalisiert. Noch vor einigen Jahren waren es Hungerstreiks oder pubertär anmutende Proteste wie Schulschwänzen. Inzwischen bewerfen die Jugendlichen wertvolle Gemälde mit Farbe, besetzen Räume oder legen als «Klima-Kleber» den Verkehr lahm wie unlängst in Berlin oder am Gotthard.

Solche Klimaproteste sind keine lustigen Kundgebungen mehr, sie erfüllen Straftatbestände wie Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung oder Nötigung. Das Lahmlegen des Verkehrs kann sogar Leib und Leben von Menschen gefährden. Denn die Blockaden behindern auch Rettungskräfte. So resümierte z.B. die Berliner Feuerwehr am 24. April nach dem Mittag: «15 gemeldete Behinderungen unserer Einsatzfahrzeuge

Unzensuriert

aufgrund von Demonstrationen im Strassenverkehr. In sieben Fällen waren unsere Einsatzkräfte auf dem Weg zum Notfallort.» Mit den illegalen Mitteln einher gehen bedenkliche Forderungen der Protestler: Klimapolitik soll in – wie auch immer zusammengesetzten – Gesellschaftsräten und nicht in demokratisch gewählten Parlamenten diskutiert werden. Dieser Klimaprotest untergräbt offen die parlamentarische Demokratie.

Würden reaktionär gesinnte Jugendliche Autobahnen blockieren, um z. B. gegen die Überbevölkerung zu demonstrieren, weil die Politik zu wenig tue gegen die Massmigration – sie würden unstrittig behandelt wie andere Extremisten auch, und das zu Recht. Entsprechend erstaunlich ist, mit welcher Grosszügigkeit radikale Klima-Demonstranten in weiten Teilen der Politik und Medien immer noch behandelt werden. Welche Legitimation hat eine Protestbewegung noch, die sich scheinbar bedenkenlos krimineller Mittel bedient und konkrete Gefahren für Leib und Leben anderer in Kauf nimmt?

In der Schweiz berichtet der Nachrichtendienst des Bundes jährlich über Bedrohungen für die innere Sicherheit. Beobachtet wird die links- und rechtsextreme Szene, im Bericht 2022 sind ebenso Corona-Extremisten erwähnt. Es ist Zeit, auch die Klima-Extremisten zu thematisieren.

Patrick Freudiger

Zum 8. Mai

hf. In wenigen Tagen, am 8. Mai 2023, werden seit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands 78 Jahre vergangen sein. Damit war – wenigstens in Europa – der Zweite Weltkrieg beendet, der Millionen und Abermillionen Tote gefordert und unermessliches Elend über weite Teile Europas und weltweit gebracht hat. Auch die Schweiz war ab 1940 von den Achsenmächten eingeschlossen. Massgeblich dank ihrer bewaffneten Neutralität blieb sie aber von den Schrecken des Krieges weitgehend verschont.



Polen wurde bekanntlich am 1. September 1939 von Nazideutschland überfallen und musste nach einem «Blitzkrieg» von wenigen Wochen kapitulieren, nachdem im Osten auch noch die Rote Armee angegriffen hatte. Die Schweizer Armee war damals im Wesentlichen eine Infanteriearmee. Bundesrat Rudolf Minger hatte in weiser Voraussicht

eine Wehranleihe ins Leben gerufen, um die Bewaffnung soweit als noch möglich zu verbessern. So wurden kurz vor der Kriegsmobilmachung 24 tschechische Praga-Panzer in die Schweiz überführt, und es wurde ein umfangreiches Netz von Bunkern, Sprengobjekten, Hindernissen und Festungen erstellt.

Am 10. Mai 1940 beginnt der Westfeldzug der Wehrmacht mit dem Überfall auf Belgien, Holland und Luxemburg. Am 11. Mai 1940, einem Pfingstsonntag, erfolgt die 2. Mobilmachung der Schweizer Armee mit rund 700'000 Armeeangehörigen – 450'000 Soldaten und 250'000 Hilfsdienstpflichtigen. In den frühen Morgenstunden des 15. Mai herrscht eine fast unerträgliche Spannung. Viertelstündlich wird der deutsche Angriff erwartet. General Guisan hat für diese schicksalsschweren Stunden den folgenden Tagesbefehl erlassen:

Ich erinnere an die hohe Pflicht des Soldaten, an Ort und Stelle erbittert Widerstand zu leisten (...). Die Schützentrupps, ob überholt oder umzingelt, kämpfen in ihrer Stellung, bis keine Munition mehr vorhanden ist. Dann kommt die blanke Waffe an die Reihe (...). Die Mitrailleure, die Kanoniere der schweren Waffen, die Artilleristen, ob im Bunker oder auf dem Feld, verlassen ihre Waffen nicht und zerstören sie, bevor sich der Gegner ihrer bemächtigt (...). Solange ein Mann noch eine Patrone hat oder sich seiner blanken Waffe noch zu bedienen vermag, ergibt er sich nicht. Damit weiss jeder, was ich von ihm erwarte und was sein einziger Gedanke sei: bereit zu sein, das Leben einzusetzen, dort, wo ihn die Pflicht hingerufen hat. (Gezeichnet: Der General.)

Am 25. Juni 1940 kapituliert Frankreich, dessen gigantischen Verteidigungsgürtel (Maginotlinie) die Deutschen westlich von Sedan – in jenem Teil, der noch kaum mit Artillerie bestückt war – mit ihren Panzerdivisionen umgangen haben. Die Schweiz ist damit von den Achsenmächten eingeschlossen.

Erfolgreiche Réduit-Strategie

Mit dem Operationsbefehl Nr. 11 vom 12. Juli 1940 befiehlt nun der General den Ausbau und Bezug des Réduit, den er den höheren Offizieren beim berühmten Rütli-rapport am 25. Juli 1940 in symbolträchtiger Umgebung erläutert und sie zum unbedingten Widerstand aufruft. Die Réduit-Strategie hat Erfolg. Die Wehrmacht hätte enorme Mittel einsetzen und zweifellos einen hohen Blutzoll zahlen müssen. Tatsache ist: Unser Land und seine Bevölkerung und rund 300'000 Internierte und Flüchtlinge blieben von den Schrecken des Krieges weitgehend verschont.

Der Aktivdienst-Generation und dem General gebührt höchster Respekt. Auch die Frauen, vor allem in der Landwirtschaft und im Gewerbe, haben in Abwesenheit ihrer Männer Enormes geleistet. Unsere Vorfahren haben in schwerer Zeit durchgehalten, und sie waren entschlossen, die Freiheit unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen, «als die Lichter ausgingen in Europa» (Stefan Zweig). Und wir haben all jenen zu danken, die sich auch heute und morgen an ihrem Platz für die Freiheit und die Sicherheit unseres Landes einsetzen.

Insgesamt sind rund 40 weitreichende Angriffspläne der Nazis gegen unser Land bekannt geworden, so unter anderen die «Operation Tannenbaum». Erst nach dem Angriff vom 22. Juni 1941 auf die Sowjetunion («Barbarossa»), der mit 253 Divisionen erfolgt, nimmt der Druck auf die Schweiz ab. Dass aber Wachsamkeit und eine hohe Kampfbereitschaft weiterhin vonnöten sind, zeigt u.a. die Ardennenschlacht, als die Wehrmacht noch gegen Ende 1944 mit 25 vollausgerüsteten Divisionen den alliierten Vormarsch vorübergehend zu stoppen vermochte. Beseitigt ist die Gefahr für unser Land erst definitiv mit der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands – einerseits in Reims mit den Westalliierten, unterzeichnet am 7. Mai 1945 von Generaloberst Jodl, und andererseits in Berlin-Karlshorst mit der UdSSR, unterzeichnet am 8. Mai 1945 von Generalfeldmarschall Keitel.

Wieder Krieg in Europa

Nach der Niederwerfung der Achsenmächte und einer Phase relativen Friedens folgt der Kalte Krieg, der die Welt an den Rand eines Atomkriegs führt. Nach dem Mauerfall 1989 folgt schliesslich der Zusammenbruch der UdSSR und des Sozialismus – mit anschliessender Friedenseuphorie Anfang der 90er Jahre. Die Euphorie ist jedoch von kurzer Dauer. Terroranschläge und bewaffnete Konflikte finden heute auf fast allen

Kontinenten statt – und seit dem 24. Februar 2022 führt Putin einen barbarischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, was kaum jemand für möglich gehalten hat. Neue Koalitionen kämpfen um wirtschaftlichen und militärischen Einfluss, und die Rüstungspotenziale nehmen weltweit zu.

*

Auch die Schweiz muss ihre Sicherheit nach der Teilliquidation der Armee mit einer modern ausgerüsteten Milizarmee wieder gewährleisten. Dafür braucht

Weckruf

Wir sprechen in letzter Zeit oft über teure Waffensysteme und deren Kosten und Nutzen. Was wir aber am dringendsten nötig hätten, wäre ein Wecker.



Man will uns immer wieder weismachen, dass man Krisen, Kriege und Konflikte genug früh antizipieren kann: «Keine Sorge! Bevor es schwierig wird, drücken wir dann schon noch früh genug auf den Knopf und dann sind wir bereit.» Man müsse sich nur auf «realistische» Szenarien einstellen und alles andere, wie zum Beispiel Munitionsvorräte, Reserven, und eine kriegstaugliche Logistik, brauche man im Frieden doch nicht. Wer von diesem «Konzept» überzeugt ist, glaubt wohl auch, dass der Strom aus der Steckdose und die Milch aus dem Lebensmittelgeschäft kommen.

Die Denkweise der «realistischen» Bedrohungen ist wieder und wieder an der Realität gescheitert. Ironisch,

sie eine klare Strategie (laut «Brockhaus» ist das «ein genauer Plan zu Erreichung eines Ziels unter Berücksichtigung der Faktoren, die der Zielerreichung entgegenwirken können») und die nötigen personellen und materiellen Mittel. Und sie braucht, wie Hptm Besse (s. Kasten) zurecht fordert, einen Weckruf. Was sie hingegen nicht braucht, ist ein zusätzliches Staatssekretariat, wie dies aktuell von Frau Amherd gefordert wird. (s. Kommentar unten von Felix Meier)

Hans Fehr

nicht wahr? Weder die Pandemie noch der Krieg in Europa wurden früh genug erkannt.

Jetzt brauchen wir einen Weckruf für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik. Wir brauchen eine Armee, die wieder stärker auf Resilienz und Reserven setzt. Eine Armee, die kämpfen kann. Nicht für einige Wochen. Sondern so lange, bis die Gefahr abgewendet ist.

Was wir am meisten brauchen, ist die Einsicht, dass Sicherheit auf Knopfdruck noch nie funktioniert hat und auch nie funktionieren wird. Eine Armee kann man nicht einfach bequem auf Sparflamme halten und dann im Ernstfall aufrüsten.

Der Weckruf kommt spät. Aber noch ist Zeit vorhanden und wir können die Fehler der Vergangenheit wieder gutmachen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gemeinsam für unsere Armee eintreten.

Frederik Besse, Chefredaktor, «Schweizer Soldat», April 2023

Das Versagen des VBS

An der Pressekonferenz zur Schaffung eines neuen Staatssekretariats für die Sicherheit der Bevölkerung offenbarte der Bundesrat das Versagen des Departements für Bevölkerungsschutz: «Mit einem Staatssekretariat will der Bundesrat sicherstellen, dass er flexibel auf wichtige sicherheitspolitische Entwicklungen reagieren kann. Zudem sollen im neuen Staatssekretariat Aufgaben konzentriert werden, die heute durch den Bereich Sicherheitspolitik im Generalsekretariat und durch weiteren Stellen im VBS ausgeübt werden. Es stimmt dabei die sicherheitspolitischen Tätigkeiten innerhalb des VBS aufeinander ab.» Deutlicher kann das Eingeständnis bisheriger fehlender Koordination nicht formuliert werden.

Staatssekretäre sind direkt dem Bundesrat unterstellt und haben diplomatische Aufgaben. Zu Recht schreibt die SVP: «Das neue Staatssekretariat soll also die nationale Sicherheit der Schweiz von fremden Militärbündnissen abhängig machen. Damit wird

die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung geschwächt und nicht gestärkt, wie behauptet wird.» Verbeamtete Zauberlehrlinge sollen nun die rechtlichen Grundlagen schaffen, und die sicherheitspolitischen Kommissionen werden aufgrund fragwürdiger sicherheitspolitischer Kompetenz mit dem Kopf nicken.

Als die Armee XXI zusammengeschustert wurde, hat man die erfolgreiche Konzeption der Gesamtverteidigung vom 27. Juni 1973 dem militärischen Müll übergeben. Diese Konzeption, für welche der Bundesrat die Verantwortung trug, umfasste die Gesamtheit aller militärischen und zivilen Verteidigungsmassnahmen des Staates. Territorialdienst hiess das Zauberwort, und die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stellen zum Schutz der Bevölkerung wurde schweizweit auf allen Ebenen mehrfach erfolgreich geübt. Fazit: Das Projekt dieses Staatssekretariats gehört definitiv in den politischen Müll.

Felix Meier, Oberst aD, ehem. Lei Nof Ter Div 4 und Präsident der Vereinigung Schweizerischer Nachrichtenoffiziere, Rorschacherberg SG

Vorwärts in der Asylpolitik!



Die massive Zunahme der Migrationsströme und die stark steigende Zahl von Asylgesuchen führen zu ernsthaften Engpässen bei den Infrastrukturen. Die EU sucht nach neuen Lösungen. Einzig in der Schweiz bewegt sich kaum etwas. Dabei müssten wir uns fragen: Wie können wir die Migrationsströme eindämmen und den Schleppern ihr kriminelles Handwerk legen? Wie können wir die Kontrolle darüber zurückerlangen, wer seinen Fuss auf unser Staatsgebiet setzt? Konkrete Lösungen sind gefragt.

Gegenüber der Schweiz hält Italien seine Verpflichtungen schon seit einiger Zeit nicht mehr ein. Im Dezember 2022 stoppte die Regierung die erleichterten Rückübernahmen: Die Infrastrukturen in Italien seien überlastet, die Kapazitäten fehlten überall. Rückübernahmen gemäss Dubliner Abkommen wurden sistiert. Illegal eingereiste Personen kann die Schweiz seither nicht mehr nach Italien zurückschaffen.

Nun hat Italien kürzlich den Ausnahmezustand beschlossen. Denn über Ostern sind rund 2'000 Migranten aus Nordafrika in Süditalien eingetroffen. Insgesamt verzeichnet Italien seit Januar über 31'000 Migranten

– rund vier Mal mehr als im ersten Quartal des vergangenen Jahres. Nun hat die Regierung einen Sonderkommissar ernannt und für sechs Monate den Notstand verhängt. Auch Grossbritannien ist aktiv geworden, um illegale Einreisen (vor allem via Ärmelkanal) zu verhindern und die Asylverfahren auszulagern. Mit Ruanda wurden erfolgreiche Verhandlungen aufgenommen. Nun geht es darum, das Projekt umzusetzen. Ähnliche Schritte wurden auch schon in anderen Ländern diskutiert.

Dass dies dringend notwendig wäre, haben auch die Sozialdemokraten aus Österreich wiederholt unterstrichen. Nach ihrer Auffassung sind, analog zu den Plänen von Grossbritannien, Verfahrenszentren ausserhalb der EU der richtige Weg: «UNHCR-konforme Verfahrenszentren ausserhalb der Europäischen Union sind die einzige vernünftige Lösung, um Leid zu verhindern, kriminellen Schleppern das Handwerk zu legen und die Kontrolle darüber zu erlangen, wer europäischen Boden betritt und wer nicht.»

Höchste Zeit also, dass die Schweiz aufwacht und Massnahmen trifft, um die unerträgliche Situation zu verbessern. Wir von der SVP haben einen entsprechenden Antrag für eine Neuausrichtung der schweizerischen Asylpolitik in der Staatspolitischen Kommission eingereicht. Nun kommt für die andern Parteien der Tatbeweis.

Gregor Rutz, Nationalrat SVP, Zürich

Der Elefant im Raum



In der NZZ hat der ehemalige Botschafter Thomas Borer für die Preisgabe unserer immerwährenden, bewaffneten Neutralität und eine Annäherung an die Netzwerke und Organisationen der Atlantiker, speziell der NATO, oder gar für einen Beitritt, plädiert. Seine Begründung ist historisch: Die Schweiz sei nur noch von Freunden umgeben, und

der Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten, welcher einen Verzicht auf Unterstützung einer Partei im Dreissigjährigen Krieg nahelegte, habe sich ebenso aufgelöst wie die Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Deshalb sollten wir uns auf die Seite der atlantischen Wertegemeinschaft stellen und unsere überholte Neutralität aufgeben.

Bereits alt Bundesrätin Calmy-Rey hatte erklärt, unsere Neutralität sei eine Neutralität der Menschenrechte und des Völkerrechts. Wer immer Menschen- und Völkerrecht verletze, gehöre boykottiert. Meine Frage: Also auch die USA, die im Laufe ihrer zahlreichen Kriege und Regime-Changes Völkerrecht und Menschenrechte teils massiv verletzt haben? So masochistisch ist die Schweiz dann doch nicht, aber heuchlerisch, denn der vergessene Elefant im Raum wird natürlich in Ruhe gelassen, weil er der



Elefant ist. Gibt die Schweiz ihre traditionelle Neutralität zugunsten der Atlantiker auf, kann sie keine akzeptable Mittlerin für deren Feinde (gegenwärtig Russland im Krieg gegen die Ukraine) mehr sein. Das liegt zwar auf der Linie von FULL SPECTRUM DOMINANCE, zu der sich amerikanische Aussenpolitik offen bekennt. Was dient dem Weltfrieden mehr? Ein wirklich neutraler und deshalb für erbitterte Feinde akzeptabler Friedensvermittler oder ein weiteres Schosshündchen der Nato? Die Trommler gegen die Neutralitätsinitiative vergessen, dass unsere Neutralität auch für Frieden und Wirtschaftsfreiheit im Inland sorgt. NZZ-Chefredaktor Eric Guyer meinte, eine Annahme der Neutralitätsinitiative isoliere die Schweiz und beschränke ihr aussenpolitisches Handeln. Genau das soll sie auch, damit nicht bei jedem internationalen Konflikt ein verlogenes und heuchlerisches Gezerre losgeht, wer nun boykottiert werden soll und wer nicht.

Der Neutrale ist immer unbeliebt, wird erpresst, kritisiert oder gar sanktioniert. Das gilt es auszuhalten. Im Interesse unserer Berechenbarkeit, der guten Dienste und des Roten Kreuzes. Um nicht auf amerikanischen Sanktionslisten zu landen, könnten unsere Unternehmen durchaus vom EDA beraten werden und sich aus eigener Risikoeinschätzung aus einem Land zurückziehen. Aber doch nicht auf staatlichen Befehl!

Markus Eckstein, Goldach SG

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Uno-Migrationspakt

Der Uno-Migrationspakt würde zu einer Personenfreizügigkeit mit der ganzen Welt führen. Daher ist es nicht überraschend, dass die anderen Parteien den brandgefährlichen Uno-Pakt in der vorberatenden Kommission sistiert haben: Im Wahljahr wollen sie ihre wahren Absichten in der Asyl- und Zuwanderungspolitik verschleiern.

(Medienmitteilung, SVP Schweiz, 04.04.2023)

Habeck

Habecks Staatssekretär Graichen: Energieintensive Firmen sollen auswandern. Mit einer bisher öffentlich kaum beachteten Äusserung macht der Vordenker der Energiewende deutlich: Er ist bereit, für seine Pläne grosse Teile der deutschen Industrie zu opfern.

(Tichys Einblick, Newsletter 18.04.2023)

Deutschland

Deutschland fürchtet um seinen Industriestandort. Der Präsident des deutschen Elektrotechnik-Verbandes sagt, es würde kaum mehr investiert in Deutschland. Wegen der «stark gestiegenen Energiepreise» drohe nun das Aus für viele energieintensive Branchen. Unser Nachbarland verliert seine wichtigsten Wirtschaftsmotoren – und damit Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand.

(SR Hansjörg Knecht, SVP Editorial, 19.04.2023)

Trennbankensystem

Es war im Jahr 2016: Der Nationalrat hatte ein Jahr zuvor bereits zugestimmt, dass Grossbanken die systemrelevanten Aktivitäten wie Zahlungsverkehr und Kreditgeschäfte (Geschäftsbank) von den risikoreichen Spekulationsgeschäften mit Derivaten und Devisengeschäften (Investmentbank) abtrennen sollten. Dies wurde in den USA von 1933 bis 1999 mit Erfolg praktiziert. SVP und SP hatten den Vorschlag gemacht und zugestimmt. Auch SP-Bundesrat Alain Berset hatte den Vorschlag unterstützt.

Doch der Ständerat versenkte die Vorlage. Dagegen stimmten der damalige SP-Ständerat und SP-Präsident Christian Levrat, obwohl sowohl die Fraktionen der SP wie der SVP den Vorschlag gemacht hatten. Dagegen stimmte auch die heutige FDP-Bundesrätin Keller-Sutter, weil «man nicht so tun kann, als ob wir noch in der Finanzkrise von 2008 wären.»

Für das Trennbanksystem votierte und stimmte der parteilose Thomas Minder, Initiant der «Abzockerinitiative».

(Urs P. Gasche, Infosperber, 26.03.2023)

Churz & Bündig

Wer an rechtsstaatliche Normen glaubt, unterstützt grundsätzlich alle Anstrengungen, um Verbrechen aufzuklären. Die Sprengung der Gas-Pipeline Nordstream in der Ostsee war zweifelsohne ein verbrecherischer Akt. Der Uno-Sicherheitsrat hat den Antrag, eine Untersuchung zu diesem Anschlag zu veranlassen, gegen die Stimmen Russlands, Chinas und Brasiliens abgelehnt. Auch die Schweiz hat gegen diese Untersuchung gestimmt.

*

Weiss die Öffentlichkeit, wie Familiennachzug für in die Schweiz gelangte Ausländer abläuft? Weiss sie, wer alles zur Familie gehört? Das sind keineswegs bloss die direkten Nachkommen (Kinder) oder die direkten Vorfahren (Eltern). Familiennachzug gilt für zwei Generationen vorher (Eltern und Grosseltern) und zwei Generationen nachher (Kinder und Enkel).

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass rascher Familiennachzug jetzt auch den «vorläufig Aufgenommenen» zusteht, also jenen, die durch Asylmissbrauch in die Schweiz gekommen sind – deren Ausweisung aber angeblich nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist.

us

«Der Fuchs am Krötenteich»

Freitag, 16. Juni 2023; 20.15 Uhr



KABARETT



von und mit
Dr. Marco Caimi

**Haus der Freiheit/
Landgasthof Sonne**

«Kabarett & Dinner»
Wintersberg

9642 Ebnat-Kappel

Tickets à 75.00 CHF (exkl. Getränke)

unter: info@maennerpraxis.ch

Alle Spielorte, Tickets und Informationen

unter: www.megaschwiizer.ch



Vielfältige SCHWEIZERZEIT- Leserschaft



hf. Der Mann hat Power. Halbheiten sind nicht sein Ding. Wenn er etwas anpackt, gibt er Vollgas – sei es in seinem Beruf als «Anwalt der kleinen Leute», sei es als Intensiv-Skitourenfahrer, Bergsteiger und Teilnehmer der berühmten Patrouille des Glaciers, oder als politischer Kämpfer für die direkte Demokratie, für Steuersenkungen und Transparenz im Kanton Solothurn.

Rémy Wyssmann



Der Gipfelstürmer

Am 20. Juni 1967 geboren, wächst Rémy Wyssmann mit einem Bruder in einem Wohnblock im solothurnischen Zuchwil auf. Er lernt sowohl das Arbeitermilieu als auch das Bürgertum kennen: Der eine Grossvater, Walter Weber aus Derendingen, ist SP-Ständerat, und der andere, Werner Wyssmann, FDP-Mitglied und Finanzverwalter in Olten. Rémys Vater ist Lehrer und präsidiert die Zuchwiler SP. Die Mutter kümmert sich um den Haushalt und die beiden Söhne.

Als Teenager und Kantonsschüler – mit Maturaabschluss 1986 als Jahrgangsbester – tickt Rémy Wyssmann links. Sein Gesellschaftsbild wird vom Geschichtslehrer gegensätzlich geprägt: Bauern stehen den Feudalherren und Arbeiter den Fabrikanten gegenüber. Diesen Gegensatz überträgt Wyssmann zum Teil auf die heutigen Steuerzahler und die Steuergeld- bzw. Sozialhilfeempfänger, denn er sieht eine wachsende Kluft zwischen der Klasse der Steuerzahler und der elitären Klasse der Steuergeld-Empfänger. Zu Letzteren zählt er auch gewisse Chefbeamte und abgehobene Würdenträger in Verwaltung und Justiz, bei denen er geheime Abgangsentschädigungen und illegale Boni aufgedeckt hat.

«Bereits als 15-Jähriger habe ich mein Taschengeld auf dem Bau verdient, später an der Querschneidemaschine

in der Papierfabrik Biberist. Während meines Jus-Studiums in Bern habe ich Industriegelände bewacht, und in der Webmaschinenfabrik von Sulzer in Zuchwil habe ich morgens jeweils um 0300 Uhr die Öfen angeschaltet. Da habe ich die sogenannt «einfachen Leute» kennengelernt, die unser Land mit ihrer Arbeit und ihrer Bodenhaftung letztlich tragen.»

«Transparenz-Aktivist»

Nach dem Jus-Studium, das er in Bern mit magna cum laude abschliesst, erwirbt er 1996 das Anwalts- und Notarpatent sowie die Zulassung als Fachanwalt für Versicherungs- und Haftpflichtrecht. Später wird Rémy Wyssmann Leiter des Rechtsdienstes bei einer Regionalbank und schliesslich Partner in der Oltner Kanzlei von alt Regierungsrat Peter Gomm (SP). Seit 1997 ist er selbständiger Rechtsanwalt und Notar mit eigener Kanzlei. Er versteht sich als Anwalt der «kleinen Leute», denen er zu ihrem Recht verhelfen will. Und mit seinem Drang nach Transparenz hat er beispielsweise erreicht, dass IV-Gutachtern besser auf die Finger geschaut wird. Als «Pharmaschreck» kämpft er dafür, dass Verträge des Bundes mit Impfstoffherstellern öffentlich gemacht werden und dass die Solothurner Spitäler zum Teil offenlegen müssen, wie ihre Corona-bedingten Ausfälle zustande gekommen sind.

Wie kommt ein ehemaliger Linker zur SVP? Dazu Wyssmann: «Für einen jungen Mensch ist ein wenig «Linkssein» ja fast ein Muss. Später gehen dann den meisten die Augen auf.» Zum definitiven Beitritt bewegen habe ihn der damalige Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde Kriegstetten. Die SVP sei die einzige Partei, die Opposition betreibe und auch die Regierung kritisiere. Das sei eine zentrale Aufgabe jedes Parlaments.

«Mein SVP-Beitritt ist aber auch das «Verdienst» anderer Parteien. Früher war die SP sehr machtkritisch, sie kämpfte für Transparenz und war massgeblich beteiligt, dass Solothurn als einer der ersten Kantone ein Informations- und Datenschutzgesetz bekam. Leider hat sie ihre einstigen Ideale mit ihrer extremen Staatsgläubigkeit bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Und sowohl die Linke



Überzeugungsarbeit für gute Lösungen

als auch die FDP sind heute in «Geiselnhaft» ihrer Regierungsräte. Ich fülle dieses Demokratie-Vakuum aus und halte den anderen Parteien den Spiegel vor.»

2016 wird Wyssmann Gemeinderat in Kriegstetten und 2017 Kantonsrat. Gelegentlichen Vorhaltungen in der Kantonsratsfraktion, sei er sei «überaktiv» und äussere sich zu jedem Geschäft, tritt er mit der Bemerkung entgegen, seine politische Wegleitung sei das Parteiprogramm – und danach richte er aus.

Wie schafft es der begeisterte Bergsportler, auch politisch und als Anwalt derart präsent zu sein und alles unter einen Hut zu bringen? «Eine Energie beflügelt die andere», meint er. «Meine Frau hält mir den Rücken frei; sie führt das Backoff in der Kanzlei. Unsere beiden Söhne – der eine ist auch in der Kanzlei tätig – sind erwachsen und können für sich selber sorgen.» Mehrwöchige Ferien lägen aber nicht drin. Hingegen mache er Intensivurlaube in den Bergen. «Ohne diesen Ausgleich würde ich wohl früher oder später in der Psychiatrie landen.»

Nun tritt Rémy Wyssmann (rw@sozietaet.ch) am 22. Oktober in aussichtsreicher Position als Kandidat für den Nationalrat an. Eines ist sicher: Er wird diesem

Gremium, das sich immer mehr zu einem Berufsparlament entwickelt hat und in dem viele die Probleme «der kleinen Leute» nicht mehr zu kennen scheinen, gut tun. Vorher, am 18. Juni, will er aber noch die von ihm lancierte Doppelpack-Initiative gegen versteckte Steuererhöhungen gewinnen, und zu diesem Zweck wird er noch mindestens ein Dutzend Veranstaltungen im ganzen Kanton bestreiten – treu seinem Motto: «Wer nicht kämpft, hat schon verloren.»

Hans Fehr



Das Büro Ha deckt auf!



Fachkräfte. Da gibt es einige Logistikcenter der Armee, die absolute Fachkräfte beschäftigen. Wer eine Leihwaffe besitzt, muss diese alle drei Jahre zur Kontrolle dem Waffenkontrolleur in einem «Log Center» vorweisen. Früher war das ein echter Büchsenmacher. Heute gibt es nicht einmal eine Kontrolle «auf Sicht», geschweige denn eine technische Kontrolle. Nur der Papierkram interessiert. Und der «Kontrolleur» hat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht in unserer Armee gedient.

*

Lesenswert. Als ob unsere Regierung nichts anderes zu tun hätte, reisen die Unterhändler, sprich «Ausverkäufer» in Bücklingshaltung nach Brüssel. Die Gespräche laufen bereits für den Anschluss an den Impfpass der EU! Die EU macht Dampf, dass es für Reisen inskünftig auch noch einen Gesundheitspass braucht. Die Gehorsamen im Aussendepartement sind bereits im Panik-Modus und erklären uns den digitalen Gesundheitspass als in Zukunft zwingend. Nur haben die Systemfunktionäre eines nicht bedacht: Diesmal geht es ums Ganze. Nochmals zwei Jahre einsperren und irgendwelche nutzlosen Papiere (genannt «Zertifikat») aufgedrückt erhalten – das macht das Volk nicht mehr mit.

Tis Hagmann

Die Schweizerzeit-Agenda

Mittwoch, 24. Mai 2023, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz» im Haus der Freiheit

Vortrag von Ulrich Schlüer mit anschliessender Diskussion
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Mittwoch, 21. Juni 2023, 19.30 Uhr

«Sicherheit: Waffenlieferungen ins Ausland?»

Schweizerzeit-Frühjahrsveranstaltung 2023 mit Vortrag von
NR Mauro Tuena, Präsident Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats
Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich

Freitag, 6. Oktober 2023

Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Mülhausen – Basel – St. Jakob an der Birs – Birr AG
Führung: Jürg Stüssi-Lauterburg
Veranstalterin: Schweizerzeit, 8416 Flaach/ZH



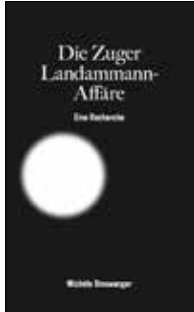
ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Büchertisch

BESTSELLER



Die Zuger Landammann-Affäre

Eine Recherche

Michèle Binswanger

Dieses Buch hat eingeschlagen wie 2014 die darin beschriebene Affäre. Eine Art Krimi zu einer mit aller Verbissenheit geführten Polit-Auseinandersetzung. Wir empfehlen dieses Buch besonders auch deshalb, weil es von den grossen Buchhandlungen boykottiert wird – offensichtlich aus Angst vor Jolanda Spiess-Hegglin.

Eigenverlag, 2023, 219 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.50



Verheimlicht – vertuscht – vergessen

Was 2022 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Auch für 2023 liegt «das andere Jahrbuch» vor – über Fakten und Tatsachen, die in den Mainstream-Medien unerwähnt blieben. Obwohl auf der Bestseller-Liste des «Spiegel» – vom Buchhandel wird dieses Buch totgeschwiegen. Sein Inhalt ist Vielen allzu brisant.

Kopp, Rottenburg 2023, 278 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 23.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 21.50

AKTUELL



Atomkraft – Das Tabu

Brauchen wir Kernkraftwerke?

Martin Schlumpf

Die Politik will alles elektrifizieren – aber der Strom fehlt. Spar-Appelle klingen schön und gut, beseitigen den Strommangel allerdings keineswegs. Kernkraftwerke der neusten, kaum Abfall hinterlassenden Technologie bieten eine überzeugende Alternative an.

Edition Königstuhl, Ulm 2023, 166 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10



Die grosse Energiekrise

Und wie wir sie bewältigen können

Fritz Vahrenholt

Ein herausragender Kenner der Energie- und Klimaproblematik erklärt Zusammenhänge und stellt unbewiesene Behauptungen von Klima-Aktivisten richtig. Was blüht der Wirtschaft, wenn die Energieversorgung der Funktionärsherrschaft unterworfen wird? Ein unverzichtbares Buch zur Klimadebatte.

LangenMüller, München 2023, 205 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.45



Albert Rösti

Bilder und Geschichten der Bundesratsfeiern

**Samuel Krähenbühl,
Hannes Zaugg-Graf**

Ein attraktiver Bildband erinnert an die Feiern nach der Wahl von Albert Rösti zum Bundesrat am 7. Dezember 2022. Ein Werk, das insbesondere die Verankerung des neuen Bundesrats in seiner Herkunftsregion dokumentiert.

Weber, Thun/Gwatt 2023, 180 S., reich., ill., (Richtpreis Fr. 35.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 31.50

GESCHICHTE



Die grössten Schlachten der Geschichte

Entscheidungen in Europa von Salamis bis zu den Ardennen

Klaus-Jürgen Bremm

Schlachten haben nun einmal den Gang der Weltgeschichte wesentlich beeinflusst: Salamis, Alesia, Mantzikert, Trafalgar, Waterloo, Königgrätz, Ardennen und andere: Stätten, wo die Weltgeschichte in neue Richtung gewiesen wird. In einem neuen Buch in ihrem Zusammenhang dargestellt.

Wissenschaftliche Buchgesellschaft/Theiss, 304 S., Großformat, reich., ill.
(Richtpreis Fr. 52.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 47.25

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT

**Wie Millionen versanden**

Ein Erlebnisbericht aus Afrika über Sinn und Unsinn der Entwicklungshilfe

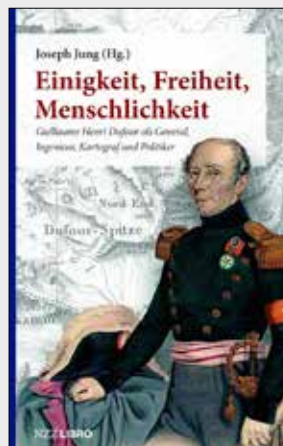
Beat Moser

Ein für die Schweiz vor allem in Afrika eingesetzter Konsul hat beobachtet, was mit Entwicklungshilfe erreicht und was damit nicht erreicht worden ist. Und was ihm als reine Verschwendung vorkam. In seinem Buch schildert er, wie Millionen umgesetzt werden – zumeist ohne Fortschritte zu bewirken.

Ein Buch, das die Steuerzahler besonders interessieren muss. Mögen gute Absichten grosse Geldströme auslösen, so müssen auch die Wirkungen dieser Ströme sorgfältig untersucht werden. Da macht sich Ernüchterung breit.

*mosaicstones, 399 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 40.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 36.45*

BUCHZEICHEN

**Einigkeit, Freiheit, Menschlichkeit**

Guillaume Henri Dufour als General, Ingenieur, Kartograf und Politiker

Joseph Jung (Hg.)

General Henri Dufour ist nicht nur für die Schweiz eine herausragende Persönlichkeit. Er kommandierte das eidgenössische Heer

im Sonderbundkrieg. Ihm gelang es, einen Sieg zu erringen, der auf eindrückliche Art Versöhnung bewirkte und kaum Opfer forderte. Der Sonderbundkrieg leitete die Handreichung zwischen den Liberalen und den Katholisch-Konservativen ein, woraus ein tragfähiges Fundament für die zum Bundesstaat gewordene Schweizerische Eidgenossenschaft entstand. Ein Dutzend Autoren würdigen Persönlichkeit und Leistung Henri Dufours.

*NZZ Libro, Zürich 2022, 415 S., geb., (Richtpreis Fr. 44.-)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 39.60*

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michèle Binswanger – Die Zuger Landammann-Affäre **à Fr. 31.50**
 Gerhard Wisnewski – Verheimlicht ... **à Fr. 21.50**

Aktuell

- Martin Schlumpf – Atomkraft – Das Tabu **à Fr. 25.10**
 Fritz Vahrenholt – Die grosse Energiekrise **à Fr. 27.45**
 S. Krähenbühl, H. Zaugg – Albert Rösti **à Fr. 31.50**

Geschichte

- Klaus Jürgen Bremm – Die grössten ... **à Fr. 47.25**

Heimat

- Beat Moser – Wie Millionen versanden **à Fr. 36.45**

Buchzeichen

- Joseph Jung (Hg.) – Einigkeit, Freiheit ... **à Fr. 39.60**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(09/05.05.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Stefan Millius und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

19. Mai 2023

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Zieggelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Was ist ein Volk?

In Deutschland wird das sogenannte «Bundesamt für Verfassungsschutz» bekanntlich seit längerem dazu missbraucht, die rechte Opposition mit durchschaubaren Diffamierungen kleinzuhalten. Was nämlich in den meisten Demokratien der Welt völlig normal ist, darf in Deutschland nicht sein: Die Etablierung eines rechten «dritten Lagers» – in Ergänzung zum politischen Zentrum und zur Linken – soll um jeden Preis verhindert werden.

So schwebt über der 2013 gegründeten Partei Alternative für Deutschland (AfD) und ihren Vorfeldorganisationen seit Jahren ein Damoklesschwert. Wer vom Inlandgeheimdienst aka Verfassungsschutz beobachtet und als «rechtsextrem» etikettiert wird, landet in der «Schmuddelecke» und wird – befeuert durch Mainstream-Medien und Establishment – gesellschaftlich ausgegrenzt. Parteimitglieder dürfen nicht mehr im öffentlichen Dienst arbeiten und viele, die in der BRD auf Ruf und Ansehen bedacht sind, wollen nichts mehr mit einem zu tun haben.

Dass die AfD trotz der haltlosen Einstufung als «rechtsextremistischer Verdachtsfall» Umfragewerte um die 15 Prozent erzielt, scheint die Peiniger, die den Verfassungsschutz zu einem plumphen «Regierungsschutz» umfunktioniert haben, zunehmend ratlos zu machen. Jedes ehrenwerte AfD-Mitglied, das seine

politische Tätigkeit unter diesen surrealen Umständen unbeirrt fortsetzt, hat dabei Anerkennung und Respekt verdient. Ganz besonders gilt der Tatbeweis an Charakterfestigkeit für Mitglieder der AfD-Nachwuchsorganisation «Junge Alternative (JA)». Obwohl vom Regierungsschutz seit neuestem als «gesichert rechtsextremistisch» eingestuft, wagen die Jungen mutig den Widerspruch. Das Recht ist auf ihrer Seite, sind die Hauptvorwürfe gegen sie doch nichts als ein schlechter Witz. Der JA und weiteren soll nämlich aus ihrem Verständnis des Begriffs «deutsches Volk» ein Strick gedreht werden. Sie verstehen das deutsche Volk als historisch gewachsene Ethnie, die vereint ist durch Merkmale wie Abstammung und Wertezugehörigkeit – dies im Unterschied zu einem «Staatsvolk». Wenn die Definition eines Volkes nur noch auf ein gemeinsames Staatsgebiet zu reduzieren ist – dürften sich die Kurden oder Jesiden dann auch noch als eigenes Volk verstehen?

In Tat und Wahrheit geht es um viel mehr: Die Eliten zittern vor politischen Kräften, die für ein positives Verhältnis zur eigenen Identität einstehen. Sie stehen dem Multi-Kulti-Globalismus und seinen Plänen, einen identitätslosen und gefügigen Einheitsmenschen heranzuzüchten, im Weg. Darum sind sie mundtot zu machen.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt